

Der Entwurf des „Berliner Programms“ der CDU

I

Zu Weihnachten bescherte die CDU ihren Parteifreunden und der Öffentlichkeit den „Entwurf für ein Aktionsprogramm“, der nun, bis zum Parteitag im September in Westberlin, in allen Orts- und Kreisverbänden der Union, in ihren Ausschüssen und Vereinigungen und nicht zuletzt in den Führungsgremien der Bundespartei diskutiert und zur Verabschiedung auf dem Parteitag vorbereitet werden soll. In diesem Verfahren, so äußert CDU-Bundesgeschäftsführer Kraske, „wird sich manches an dem Entwurf ändern. Das ist gut so. Der Grundgedanke des Entwurfs wird jedoch ohne jeden Zweifel erhalten bleiben und bestätigt werden“.¹⁾

Die CDU war und ist eine Interessen- und Wähler-Vereinigung, deren Leitlinien von der Führung bestimmt werden. Man hat das in der Union immer wieder damit begründet, daß das Mißverhältnis zwischen der relativ geringen Mitgliederzahl und den von der CDU erfaßten Wählergruppen eine Kopflastigkeit durch den Führungsapparat bedinge. Ginge es nach der Mitgliedersubstanz und deren mehrheitlichem Willen, so würde die einzige relativ geschlossen organisierte Gruppe innerhalb der CDU, die in den Sozialausschüssen erfaßte, vorwiegend katholische Arbeitnehmerschaft, ein entscheidendes Gewicht für den CDU-Kurs bekommen, was aber nie der Fall war und es heute, nach dem Tenor des neuen CDU-Programm-entwurfs, weniger denn je ist. Auch würde sich dann die CDU-Fraktion in Bund und Ländern ganz anders zusammensetzen. Wenn es aber zur Aufstellung von Kandidaten für Landtags- und Bundestagswahlen sowie zur Wahl der Delegierten für die Parteitage kommt, dann ist die christlich-soziale Arbeitnehmerschaft nur eine unter vielen und nicht die für die Finanzierung der großangelegten Wahlkampfkampagnen ausschlaggebende Gruppe. So bleibt es jeweils dabei, daß die Arbeitnehmerschaft in der „christlichen Volkspartei“ in allen Entscheidungsgremien unterprivilegiert vertreten ist, sowohl nach ihrem Mitgliederstamm in der CDU, wie nach dem angeblichen Kriterium des Querschnitts durch die Gesamtbevölkerung.

Die Hoffnung, daß mit der innerparteilichen Demokratie in der CDU fortan Ernst gemacht werde, wie sie die „Zeit“²⁾ aufgrund der angekündigten Diskussionen um den Entwurf äußert, ist somit leider völlig unbegründet. Daß es um einzelne innen- und strukturpolitische, auch wirtschafts- und bildungspolitische Forderungen des „Berliner Programms“ noch zum Tauziehen zwischen einflußreichen Interessentenvertretern kommen wird, kündigt sich bereits an, ist aber weder ein neuer, noch ein sonderlich demokratischer Vorgang. Es geht da, wie stets in der Union als Sammelpartei, um die Rangfolge der kooperierenden Interessenten innerhalb der Führungshierarchie. Eine progressive innerparteiliche Demokratisierung wäre allein dann zu verzeichnen (und zu begrüßen) gewesen, wenn die

¹⁾ Konrad Kraske, Der Zukunft zugewandt — Zum Entwurf des Aktionsprogramms. Deutsches Monatsblatt, Bonn, Januar 1968.

²⁾ Rolf Zundel, Die CDU mausert sich. Die Zeit, Hamburg, 22. 12. 1967.

DER ENTWURF DES „BERLINER PROGRAMMS“ DER CDU

im Juli 1967 von den Sozialausschüssen verabschiedete programmatische „Offenburger Erklärung“ nennenswerten Einfluß auf das „Berliner Programm“ erhalten hätte. Das aber ist nicht der Fall. Die „Offenburger Erklärung“ erinnerte vergeblich an einen anderen Ansatz der CDU, an das „Ahlemer Programm“ von 1947, das aber nicht einmal in der Präambel des jetzigen Entwurfs erwähnt ist, vielmehr von der CDU-Führung der Vergessenheit überantwortet bleiben soll.

Man hat den neuen Entwurf nicht zu Unrecht formal mit dem „Godesberger Programm“ der SPD insoweit verglichen, als hier der Funktionalismus technokratischer gesellschaftlicher Regelungen in einer liberalen Formulierung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens effektive Verbesserungen verspricht. Einer der Mitinitiatoren des Entwurfs, der Chefredakteur des „Rheinischen Merkur“, Anton Böhm, gönnt sich das Selbstlob: „Anpassen muß sich ein Aktionsprogramm natürlich auch an die Realität des allgemeinen Bewußtseins. Es muß Antworten geben auf jene Fragen, die das Publikum (!) wirklich bewegen. Die drei größten Sorgen der Deutschen heißen: Alter, Gesundheit und Parkplatz. Die Zusammenstellung erscheint grotesk, aber sie entspricht der psychischen Lage. Dem trägt der Entwurf Rechnung: die drei entsprechenden Kapitel enthalten alles, was sich der besorgte Staatsbürger wünschen kann — vernünftigerweise wünschen kann.“³⁾ Die CDU, die früher in ihrer Öffentlichkeitsarbeit mit der Parole „Keine Experimente“ auskam, ist inzwischen bei den Psychologen von Versandhäusern und bei Axel Cäsar Springers Team in die Schule gegangen. Es ist Absicht, nach dem Muster der Manipulierungspraktiken der Springerpresse, die Öffentlichkeit möglichst bei den „persönlichen Sorgen“ anzusprechen, dazu unverbindliche, nette, nicht selten recht vernünftige Sachvorschläge zu machen, die allerdings, wie die „Zeit“ bemerkte, die „Tiefendimension“⁴⁾ politischer Entscheidungen gar nicht erst erreichen und damit die Unveränderlichkeit der politischen Herrschaftsverhältnisse zementieren helfen.

Die politischen Kernkapitel des „Berliner Programms“ sind, was die Zeilenzahl anlangt, unverhältnismäßig knapp gehalten. Geschickt ist auch, daß beispielsweise die Wehrpolitik, nach wie vor Hauptachse der CDU-Politik, als letzter, vierzehnter Abschnitt im Programmentwurf erscheint. Das besagt, daß man sich zur „Landesverteidigung“ eben nur als zu einer bitteren Unausweichlichkeit bekennt, und man bekundet doch gleichzeitig, daß das ganze Programm auf der verteidigungspolitischen Konzeption fußt. Es ist „die Moral von der Geschicht“. „Die Reihenfolge darf nicht als Wertordnung verstanden werden“⁵⁾, versichert denn auch Böhm als Kenner der Überlegungen. Und Bundesgeschäftsführer Kraske gibt einen wichtigen Hinweis, warum dieses Programm als „Berliner Programm“ in die Parteigeschichte eingehen soll. Er verdeutlicht, „daß im Mittelpunkt des Programms die Deutschlandpolitik stehen“ solle.⁶⁾ Deutschlandpolitik und Wehrpolitik erscheinen im Entwurf unmittelbar aufeinander bezogen. „Die Freiheit für das ganze deutsche Volk zu erringen, ist die erste Aufgabe der deutschen Politik . . . Die Wiedervereinigung Deutschlands bedeutet den großen Friedensschluß für Europa“⁷⁾, heißt es in dem Kapitel „Deutschlandpolitik“. So lange der „große Friedensschluß“ nicht erreicht ist, wird die CDU folglich den Kalten Krieg fortsetzen. Und damit die Rüstungspolitik. Denn entsprechend heißt es in Kapitel 14, Landesverteidigung: „Die CDU wendet sich entschieden gegen

³⁾ Anton Böhm, Die CDU und das nächste Jahrzehnt, Rheinischer Merkur, 22. 12. 1967.

⁴⁾ s. Anm. 2.

⁵⁾ s. Anm. 3.

⁶⁾ s. Anm. 1.

⁷⁾ Entwurf für ein Aktionsprogramm der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Bonn 1968, herausgegeben von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Punkt 5.

diskriminierende Abrüstung und Rüstungskontrolle, die dem Frieden zu dienen vorgeben, doch in Wahrheit die Herrschaft übermächtiger über schwächere Nationen herbeiführen.“⁸⁾ Und wie leistet die Bundesrepublik ihren Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung? Antwort der CDU: „Deutschland leistet mit der Bundeswehr seinen Beitrag für die Sicherheit und den Frieden in Europa.“⁹⁾ Das bedeutet — der Entwurf ist, wie alle maßgeblichen CDU-Sprecher versichern, ein Ausblick auf die CDU-Politik der siebziger Jahre —, daß die Bundesrepublik an dem 1969 zur Revision anstehenden NATO-Konzept unbedingt festhält, unter Umständen, wenn andere abspringen, in einer engeren deutsch-amerikanischen Allianz: „Deutschland und Europa können ihre Sicherheit nur im Bündnis mit den USA bewahren.“¹⁰⁾

Deutschland wird im Sinne des Alleinvertretungsanspruchs Bonns nach wie vor ohne jede Modifikation mit der Bundesrepublik identifiziert. Zwar heißt es in den Erklärungen zur Deutschlandpolitik: „Die CDU hält politische Kontakte mit den Machthabern im anderen Teil Deutschlands für notwendig.“¹¹⁾ Dieser Satz ist viel bestaunt und applaudiert worden als angebliche Konzession an die Realitäten, an das „Phänomen“, wie unser Dichterkanzler und CDU-Vorsitzender die DDR nennt. In Wirklichkeit dient auch diese Floskel nur zur Verschleierung der Absage an die notwendige „Anerkennung der Realitäten“ (Brandt). Denn es heißt dann gleich darauf im nächsten Punkt zur Deutschlandpolitik: „Es kann kein zweiter deutscher Staat anerkannt werden. Die Bundesrepublik hat bei ihrer Gründung auch für jene Deutsche gehandelt, die daran nicht mitwirken konnten.“¹²⁾ Was sollen folglich die Kontakte mit der Regierung in Ostberlin? „Diese Kontakte sollen die Fundamente künftiger Einheit erhalten, erweitern und befestigen; sie dienen zugleich der Entspannung.“¹³⁾ Man möchte sich gleichsam von Ostberlin den eigenen „Entspannungswillen“ vor der Weltöffentlichkeit, die gegen die Fortsetzung des Kalten Krieges allergisch ist, bescheinigen lassen. Und man will dabei Vorteile für die eigene Position und eine Erschütterung der Position des anderen deutschen Staates bewirken. Barzel nennt das unverblümt „Einwirkungspolitik auf die Verhältnisse im anderen Teil Deutschlands“.¹⁴⁾

II

Ein „Berliner Programm“, auf einem Parteitag in Westberlin verkündet, muß natürlich in der Berlinfrage etwas zu bieten haben. Die CDU verkündet: „West-Berlin ist ein Land der Bundesrepublik.“¹⁵⁾ Freilich, die Amerikaner will man nicht aus West-Berlin abziehen sehen. „Die CDU fordert, daß unbeschadet der politischen Garantie der Berliner Schutzmächte West-Berlin politisch in die Bundesrepublik integriert wird. Die Berliner Mitglieder des Bundestages sollen direkt gewählt werden; die CDU will, daß sie so bald wie möglich volles Stimmrecht im Bundestag besitzen.“¹⁶⁾ Berlin unter Bonner Kuratel, auch das ist ein Vorschlag, der Spannungen in Westberlin Herr zu werden durch das Mittel, auf das die Berliner CDU gegen Studenten und andere Republikaner nach wie vor mit tödlicher Verbissenheit schwört: Autorität. Des Beifalls aus dem Springer-Verlag ist man dabei sicher. Ob auch des Beifalls der westlichen „Schutzmächte“,

8) Entwurf, Punkt 125.

9) Entwurf, Punkt 126.

10) Entwurf, Punkt 124.

11) Entwurf, Punkt 8.

12) Entwurf, Punkt 9.

13) Entwurf, Punkt 8.

14) Rainer Barzel, zitiert nach Ruhr-Nachrichten, Dortmund, 28. 12. 1967.

15) Entwurf, Punkt 10.

16) Entwurf, Punkt 10.

steht freilich dahin; ganz gewiß, was Frankreich betrifft. Aber auch wenn die Verwirklichung der Forderung an der Gültigkeit internationaler Abmachungen scheitern sollte, man hätte doch die nationalen Emotionen aufgerührt — vor allem in der spezifisch antirepublikanischen Frontstellung von CDU plus Springer in Berlin.

Daß nicht expressiv verbis die Forderung nach den Grenzen von 1937 erhoben worden ist (im Rahmen verlängerter Deutschlandpolitik), hat Optimisten auf den Plan gerufen, die darin eine Kursänderung, ja, eine indirekte Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die CDU sehen möchten. Vor solchem Wunschenken muß leider gewarnt werden. Die CDU hat aus rein taktischen Erwägungen, wie den Vertriebenen von maßgeblicher CDU-Seite intern erläutert wurde, diese Frage nicht direkt angesprochen, sondern, angeblich auf besonderen Wunsch Kiesingers, „ausgeklammert“. Der Punkt 11 des Entwurfs findet sich im Kapitel „Deutschlandpolitik“, und schon das, so konnte man hören, sei doch ein Hinweis darauf, daß hier von deutschem Gebiet die Rede sei. Man muß in der Tat diesen Punkt recht genau lesen: „Die Bundesrepublik Deutschland hat Millionen Deutsche in Obhut genommen, die ihre Heimat verlassen mußten. Die CDU wird sich weiterhin für die Rechte dieser Deutschen einsetzen.“¹⁷⁾ Die Vertriebenenverbände verstehen unter ihrem „Heimatrecht“ die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937. Dieser Anspruch der Vertriebenenverbände wird von der CDU nicht preisgegeben. Mit Rücksicht auf die öffentliche Weltmeinung in Ost und West wird er allerdings auch nicht deutlich artikuliert. Doch in diesem Punkt, so ist aus CDU-Kreisen zu hören, kann es möglich sein, daß der Entwurf mit Hinweis auf die Grenzen von 1937 noch geändert wird, wenn die Landsmannschaften energisch dies durchzudrücken beabsichtigen.

Andererseits soll das Taktieren in der Frage der Oder-Neiße-Grenze, und das leuchtet auch manchem Vertriebenenfunktionär ein, die Konzentration der CDU auf die Verteidigung ihres durch die internationale Entwicklung und die Forderungen nach einer europäischen Friedensordnung in West- wie Osteuropa gefährdeten Alleinvertretungsanspruchs in der Deutschlandpolitik begünstigen. In der Rangfolge steht für die CDU die Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruchs entschieden vor der Frage der Oder-Neiße-Grenze, weil man in diesem Punkt sich zumindest der amerikanischen Rückendeckung noch ungeschmälert erfreut. So heißt es denn in Punkt 12 abschließend im ungebrochenen Kalten-Kriegs-Stil: „Die staatliche und die gesellschaftliche Ordnung in der Bundesrepublik muß als gesamtdeutsche Aufgabe begriffen werden; wir müssen mit der staatlichen und der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Bundesrepublik eine überzeugende Antwort geben auf die Herausforderung des Kommunismus.“¹⁸⁾ Diese Haltung fordert im Kapitel Landesverteidigung das unbedingte Festhalten an der NATO als Basis der Politik der Stärke: „Die CDU will, daß die Bundesrepublik Deutschland am westlichen Verteidigungsbündnis festhält.“¹⁹⁾ Weil das Bündnis, und sei es notfalls als Zweibund, unbedingt die Achse der Rüstungs- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik bleiben soll, erhofft sich die CDU auch weiterhin, daß ihrem zähen Verlangen nach Mitverfügung über Atomwaffen schließlich von den USA dennoch entsprochen wird. Darum bringt man die Forderung in Form einer Verzichtserklärung auf „nationale“ Atomwaffen vor: „Deutsche nationale Verfügungsgewalt über atomare Waffen strebt sie auch in Zukunft nicht an.“²⁰⁾ Aber sie, die CDU, könnte sie eines Tages anstreben, wenn man sie ihr „im

17) Entwurf, Punkt 11.

18) Entwurf, Punkt 12.

19) Entwurf, Punkt 124.

20) Entwurf, Punkt 125.

DER ENTWURF DES „BERLINER PROGRAMMS“ DER CDU

Rahmen des westlichen Verteidigungsbündnisses“ weiterhin vorenthält. Das wird deutlich, indem nur allzu einleuchtend gleich nach diesem Satz die, eingangs bereits zitierte, Verwahrung „gegen diskriminierende Abrüstung und Rüstungskontrolle“ mit ausgesprochen nationalem Pathos vorgetragen wird, natürlich u. a. in Stoßrichtung auf die Verhinderung des Atomwaffensperrvertrages.

III

Daß in der Gesellschaft der siebziger Jahre, auf die der CDU-Entwurf abzielt, der Bundeswehrsoldat weitere Aufwertung erfahren muß, steht für die CDU fest, denn dieser Staat wird immer stärker von der Wehrpolitik geprägt sein. Ausdrücklich wird darum gefordert: „Deutschland leistet mit der Bundeswehr einen Beitrag für die Sicherheit und den Frieden in Europa. Die Soldaten der Bundeswehr müssen dafür einen harten Dienst oft unter persönlichen Opfern auf sich nehmen. Deswegen gebührt der Bundeswehr Anerkennung und Respekt.“²¹⁾ Anstatt die Härten, welche die Einberufung im sozialen Bereich für jeden Arbeitnehmer mit sich bringt, auszugleichen, schlägt die CDU eine „Wehrdienst-Ersatzsteuer“ vor, die „den ökonomischen Vorteil erfassen“ soll, „der gegenüber den wehrpflichtigen Soldaten bei jenen eintritt, die weder einen Wehrdienst noch einen Ersatzdienst leisten.“ Das ist leider kein schlechter Scherz, sondern wehrstaatliche Disziplin- und Finanzpolitik, die zwar soziales Unrecht bestehen läßt, aber die Nichtbetroffenen „zum Ausgleich“ auch noch zur Kasse bittet. Wir werden wieder ein Volk von Opferdienst-Befohlenen, das freilich möglichst ohne Ausnahme.

In den Programmpunkten zur „internationalen Politik“ sind dankenswert die Gesten zur Entspannung von der Härte der unveränderten Grundpositionen der Union deutlich abgesetzt. Zu den Gesten zählt der erneut angebotene „Austausch von Gewaltverzichtserklärungen“, und zwar „mit allen Staaten der Welt“²²⁾. Da die DDR nicht als Staat von der CDU betrachtet wird, ist und bleibt sie also ausgenommen. Es wird sogar bekräftigt, „daß die deutsche Außenpolitik zugleich die Anerkennung der deutschen Teilung verhindern muß“²³⁾. Das heißt also, daß die Bundesrepublik ihren Kampf gegen die internationale Anerkennung der DDR auch mit dem anachronistischen Vehikel Hallsteindoktrin fortzusetzen gedenkt. Seit Ulbricht die Gewaltverzichtsangebote beim Wort zu nehmen suchte, was in Bonn offensichtlich Verwirrung ausgelöst hat, schließt man das „Phänomen“ des zweiten deutschen Staates wieder sorgfältig von diesen Angeboten aus, während zuvor immerhin mal laut gedacht wurde, der Gewaltverzicht könnte, im Rahmen einer europäischen Friedensordnung oder sonstiger internationaler Abmachungen, auch auf die DDR ausgedehnt werden, wenn das nicht gleichzeitig die Anerkennung der DDR bedeute.

Der nette Satz: „Die CDU setzt sich dafür ein, daß die Beziehungen zu Osteuropa beharrlich entwickelt werden“, enthält, wie so manche Entspannungsfloskel, leider keinerlei inhaltliche Präzisierung und erfüllt damit im Kontext seinen Zweck.

Neben dem Bekenntnis zur „Vereinigung (West)Europas“, das ganz auf der Linie der Politik Washingtons gegen de Gaulle liegt, sollte der ausführlichste Teil der Erklärungen zur internationalen Politik nicht unbeachtet bleiben, wie es bisher in der publizistischen Diskussion geschah. Er ist der Entwicklungspolitik gewid-

²¹⁾ Entwurf, Punkt 126.

²²⁾ Entwurf, Punkt 116.

²³⁾ Entwurf, Punkt 119.

met, die hier bemerkenswert hart und klar als eine Politik der politischen Einflußnahme und wirtschaftlichen Expansion begründet und gegen Kritik verteidigt wird. Es heißt da: „Die deutsche Entwicklungspolitik wendet sich besonders Ländern zu, die dem Interesse des deutschen Volkes mit Verständnis begegnen“, und „Deutschlands Entwicklungspolitik ist zugleich eine Forderung des deutschen wirtschaftlichen Interesses. Die vom Export abhängige deutsche Volkswirtschaft schafft sich durch Entwicklungspolitik den Zugang zu künftigen Absatzmärkten.“²⁴⁾

Damit ist nicht nur das Wort Entwicklungshilfe durch Entwicklungspolitik eindeutig ersetzt. Die CDU schert hier auch ganz klar aus der globalen Konzeption der Hilfe der Industrienationen für die Entwicklungsländer aus, die, im Sinne der Bemühungen der UNO, und insbesondere ihrer Organisation UNESCO, ohne neokoloniale Abhängigkeiten anzustreben, dem Kampf gegen Hunger und Elend im Sinne einer Weltsolidarität der menschlichen Verantwortung gewidmet sein sollte und so nicht der Machtpolitik, sondern der Friedenspolitik zugute käme. Die Bundesrepublik, die sich früher, einschließlich der CDU, zumindest verbal diesem Konzept stets zugeneigt gab, läßt hier die Maske fallen und proklamiert eine Politik, die Abhängigkeiten, politisch und wirtschaftlich, schaffen und festigen will. Freilich ist diese Feststellung ein Gewinn an Ehrlichkeit, denn anders sah die Entwicklungspolitik Bonns leider nie aus. Es genügt wohl, in diesem Zusammenhang an die Bonner Entwicklungspolitik gegenüber Südkorea und Südvietnam zu erinnern, falls einem Leser des Programmtextes das Nacheinander von Entwicklungspolitik und Landesverteidigung im CDU-Programm nicht einleuchten sollte. Auch wenn „Militärhilfe“ und „Kulturaustausch“ zu den gravierenden Einzelheiten gehören, die man im Programm in puncto Entwicklungspolitik wohlweislich nicht erwähnt hat, da sie das Bild nicht gerade um angenehme Farben bereichern würden.

Daß das Grundgesetz der CDU im Sinne einer Verstärkung autoritärer Züge der Staatsmacht reformbedürftig erscheint, ist spätestens seit dem Katalog von 81 Grundgesetzänderungen, die CDU-Innenminister Lücke sich von der Großen Koalition noch erhofft (in Einklang mit seinen Plänen zur Verabschiedung einer Notstandsverfassung), wahrhaftig kein Geheimnis mehr. Im „Berliner Programm“ wird freilich das von der CDU erhoffte Notstandsrecht nicht erwähnt. Offensichtlich möchte man damit nicht die CDU, sondern die Große Koalition identifizieren. Das ist also eine Gemeinschaftsaufgabe, an der die SPD mittragen soll (und wenn sie darunter zerbricht, wird es auch nicht der Schaden der CDU sein, denkt man bei der Union). Der Autoritarismus des „Reform“-Denkens der CDU allerdings beansprucht und findet im „Berliner Programm“ einen nicht minder entschiedenen Ausdruck als in einem rechts von der CDU verfaßten Parteiprogramm. Wörtlich heißt es im Entwurf: „Die CDU will, daß die deutsche Demokratie klare politische Autorität hervorbringt.“²⁴⁾ Mehrheitswahlrecht (versüßt durch die Forderung nach Heruntersetzung des Wahlalters auf achtzehn Jahre, eine geschickte Reverenz an die Adresse der Jungwähler), Finanzverfassungsreform zugunsten der Omnipotenz des Bundes, Reglementierung der kommunalen Selbstverwaltung in obrigkeitlichem Stil, ideologische Akzente zugunsten von Kirche und Küche (Familienpolitik), daneben das Aufgreifen einiger liberaler Gesichtspunkte zum Strafrecht, welche die CDU für unpolitische Gegner öffnen sollen, die beispielsweise die klerikale Ehegesetzgebung ablehnen (der Kirche werden dafür die finanziellen Zuwendungen und der caritative Spielraum auf Kosten der Kom-

²⁴⁾ Entwurf, Punkt 121 und Punkt 122.

DER ENTWURF DES „BERLINER PROGRAMMS“ DER CDU

munen garantiert) — das alles ist eine Mixtur aus Vernunft und Emotion, die den harten Kern genießbar machen soll, daß der Staat immer mehr zum zentralen Befehlshaber wird, wobei die Kommandos von der CDU ausgehen und sich gegen nichtangepaßte Republikaner richten. Ganz deutlich wird das in der Begründung der Mehrheitswahl: „Die Mehrheitswahl begünstigt Parteien, die sich an der politischen Einheit des Volkes orientieren, und verdrängt (!) Interessenparteien und ideologische Sekten.“²⁵⁾

Die größte Interessenpartei, die CDU, zieht aber ihren Nutzen daraus. Die Sprache der Unduldsamkeit gegen Parteien, die nicht der Parteienoligarchie, unter Führung der CDU, bereits eingemeindet sind, nicht zum Herrschaftskartell gehören, unter Umständen grundsätzliche Alternativen zur herrschenden Politik anbieten, kommt hier mit schonungsloser Härte zum Ausdruck. Nach dieser Bekundung des Willens zur All-Macht über das Mehrheitswahlrecht mutet es wie sanfter Hohn an, wenn man im nächsten Punkt zu hören bekommt: „Die CDU will, daß die Arbeitsfähigkeit der Parlamente und die Unabhängigkeit der Abgeordneten gestärkt werde.“²⁶⁾ Etwa durch solche Angebote wie das an die derzeitige Mini-Opposition, die FDP, einem „Übergangswahlrecht“ für 1969 zuzustimmen, bei dem man der FDP auf Kosten der CDU ein Direktmandat zuschanzen will, was natürlich Wohlverhalten voraussetzt (und die FDP von selbst erledigen würde, die denn auch auf diese Zumutung nicht einging).

IV

Überrascht hat sogar Kenner der CDU-Entwicklung, daß vom Föderalismus in diesem „Berliner Programm“ nur die Rede ist, wo man ihn eingrenzen und abbauen will. Einstmals hat die Union sich als Verteidigerin des Föderalismus gefühlt. Das war in den Nachkriegsjahren, in denen sie sich aus den Honoratioren der einzelnen Länder und Regionen formierte. Heute ist die CDU längst über dieses Sammlungsprinzip heraus. Honoratioren aller bundesrepublikanischen Regionen, vereinigt euch! — das ist nicht mehr ihre Losung. Das CDU-Management ist sich der dominierenden Rolle in der Bundesrepublik sicher, womöglich gar zu sicher. Die Rücksicht auf die katholische Kirche, in der Frage der Bekenntnisschulen, wird von dem neuen Programmentwurf fallengelassen. Man wähnt die Kirchen so gut versorgt an der Futterkrippe der staatlichen Subventionen, daß man ihretwegen die gelegentlich schulpolitisch wirksame Karte des Föderalismus nicht mehr zu spielen bereit ist. Im Konflikt zwischen den kirchlichen Wünschen nach Beibehaltung der Bekenntnisschule und den Forderungen der Industrie nach effektiverer und möglichst einheitlicher Schulbildung hat die Industrie — wie in allen anderen Bereichen ihres Interesses — in der CDU die Oberhand bekommen, sich durchgesetzt. Damit ist freilich nicht der Wille zu einer Demokratisierung der Schule und Bildung verbunden, sondern ihre Ausrichtung auf die neuen industriegesellschaftlichen Hierarchien des Neokapitalismus. Insofern ist auch dieser Fortschritt, wenn überhaupt liberal, dann gewiß national-liberal.

Die Kirchen haben gleichwohl nicht eindeutig verloren, wie verschiedentlich zunächst auch von neutralen Beobachtern angenommen wurde. In der Schulfrage wird ihnen verstärkte Unterstützung auf dem Gebiet der Privatschulen zugesichert, was vor allem den Ausbau von konfessionellen Gymnasien betrifft, ein Feld, von dem sich beispielsweise die katholische Kirche heute insgeheim viel

²⁵⁾ Entwurf, Punkt 14.

²⁶⁾ Entwurf, Punkt 15.

mehr verspricht für die Bildung ihrer „Elite“ als von dem im Grunde auch für die katholische Kirche belastend uneffektiven Apparat der nicht mehr leistungsgerechten Bekenntnisschulen. Außerdem wird viel zu wenig berücksichtigt, wie in Auswirkung der die Kirchen bevorzugenden Sozialhilfegesetze der kirchliche Einfluß im fürsorglichen Raum sprunghaft angewachsen ist und sich damit als Ersatz für die geräumten unergiebigsten Bastionen im Schulwesen viel effektivere, einflußreichere Positionen im sozialpolitischen Bereich erschlossen haben.

Auch wenn sich der Einfluß des Unternehmerflügels, deutlich ablesbar an diesem Programm, in der CDU sehr erheblich gestärkt hat — von der Großen Koalition eher gefördert als gebremst —, bleibt das Bündnis der katholischen Kirche mit der CDU im wesentlichen ungefährdet. Ein Indiz dafür ist u. a., daß die katholische Wochenzeitung „Echo der Zeit“, zu deren Herausgebern der für Schulfragen verantwortliche Aachener Bischof Dr. Pohlschneider gehört, als erste und zustimmend den Programmentwurf vollinhaltlich abdruckte.

V

Gesellschaftspolitisch ist der Entwurf des Aktionsprogramms eine *Cannae* für die Sozialausschüsse, die durch ihre Offenburger Erklärung im Juli 1967 das Ahlener Programm reaktivieren wollten. Sie stehen jetzt tatsächlich vor der Frage, die nach Offenburg Erwin Ortman in dem DGB-Organ „Welt der Arbeit“ aufwarf: „Die Sozialausschüsse haben ihr neues Programm als einen Beitrag zur Diskussion des Parteiprogramms der CDU bezeichnet. Ebensogut hätten sie sich als Gewerkschaft der Tiefstapler eintragen können, denn die Offenburger Erklärung ist eindeutig mehr als ein Beitrag zum künftigen Parteiprogramm. Sie ist schlechthin das Programm einer breit angelegten Volkspartei, die bereit ist, mit Zähnen und Klauen die Würde des Menschen und den Wert seiner Arbeit in die politischen Entscheidungen miteinzubringen. Mit ihrer Erklärung sind die CDU-Arbeitnehmer in der Lage, selbständig und außerhalb der CDU zu operieren, wenn der Unternehmerflügel eine solche Entscheidung durch seine Politik erzwingen sollte.“²⁷⁾

Die Prognose ist kühn, denn an eine Verselbständigung des linken Flügels der CDU ist zweifellos derzeit nicht zu denken. Wohl aber dürfte die Abwanderung katholischer Arbeitnehmer von der CDU, die schon bei den Bundestagswahlen 1965 evident war, sich nun rapide fortsetzen. Freilich, bei der SPD finden diese christlichen Sozialisten, so lange dort Schiller mit anderen Mitteln die Erhardsche Marktwirtschaft weiterbetreibt und der CDU gefällig ist (die viele seiner Struktur- und Konjunktur-Rezepte in ihr neues Programm aufnahm), auch keine neue Heimat. In den Gewerkschaften gehören sie zu den progressiven Vorkämpfern der Aktion Mitbestimmung. Jener überbetrieblichen Mitbestimmung, die im Geiste von Ahlen in der Offenburger Erklärung gefordert und im Entwurf des Berliner Programms von der CDU-Führung abgelehnt wurde.

Mancher praktikable Vorschlag (den man auch schon anderwärts las) zur Gesundheits- und Altenpflege und ähnlichen Fragen der funktionalen Effektivität wird von der CDU als sozialer Impuls des Berliner Programms bezeichnet. Nur entsprechen diese Vorschläge allgemeinen zivilisatorischen Erfordernissen — die denn auch verabredungsgemäß vom CSU-„Bayernkurier“ angegriffen wurden, um der CDU das Image zu geben, die Sozialausschüsse nicht etwa vergewaltigt, sondern nahezu über Gebühr respektiert zu haben . . .

²⁷⁾ Welt der Arbeit, Köln, 14. 7. 1967.

DER ENTWURF DES „BERLINER PROGRAMMS“ DER CDU

In der Mitbestimmungsfrage aber wird der sozialreaktionäre politische Kern des Programms unverhüllt deutlich. Zur Mitbestimmung heißt es: „Dabei darf kein überbetriebliches Einflußmonopol zugunsten eines organisierten Interesses zugelassen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen, auch im internationalen Wettbewerb, nicht beeinträchtigt werden.“²⁸⁾ Mit dem „überbetrieblichen Einflußmonopol zugunsten eines organisierten Interesses“ sind natürlich (warum soviel Worte?) allein und einzig die Gewerkschaften gemeint. Die Gewerkschaftsfeindlichkeit des Programmentwurfs kommt genau so drastisch in dem „positiven“ Gegenvorschlag zum Ausdruck: „Die überbetriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer im sozial-wirtschaftlichen Bereich soll in Arbeitnehmerkammern gesichert werden. Die CDU empfiehlt, solche Kammern als öffentlich-rechtliche Körperschaften zu errichten; ihre Aufgaben sind durch Gesetz festzulegen.“²⁹⁾

Es sollen also nicht nur die Gewerkschaften als Vertreter der organisierten Arbeitnehmerschaft von der Mitbestimmung an der Wirtschaft ausgeschlossen bleiben. In den Arbeitnehmerkammern sollen dazu auch noch Gremien geschaffen werden, die den Unternehmern willfährigere „Sozialpartner“ verschaffen, als es die Gewerkschaften sind. Indem man die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen von dem Rückhalt durch die Gewerkschaften zu trennen versucht, hat man natürlich andere Möglichkeiten, den einzelnen Arbeitnehmer in solch isolierter Kammer unter Druck zu setzen. Was überhaupt die Arbeitnehmerkammer zu entscheiden hat, wird ohnehin offengelassen, ist „durch Gesetz zu regeln“. Das ist die Pervertierung — man kann es beim besten Willen nicht anders nennen — einer ganz anders gerichteten Forderung der Sozialausschüsse, nämlich der nach paritätischer Besetzung der Industrie- und Handels- und der Handwerkskammern. Woran natürlich, als eine Forderung nach realer Mitbestimmung der Arbeitnehmer, die CDU-Programmierer nicht denken.

Demgegenüber lohnt es sich, die Offenburger Erklärung, den Gegenentwurf der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft, in seinen Grundsätzen und in seinen Forderungen zur Mitbestimmung und darüberhinaus den sozialen Geist des von den heutigen Programmierern nicht einmal erwähnten engagiert demokratischen Programms der CDU aus dem Jahre 1947, des Ahlener Programms^{29a)}, in Erinnerung zu bringen.

In der Offenburger Erklärung heißt es: „Wir erstreben eine Politik, die der Würde des Menschen und seiner Arbeit den Vorrang vor allen anderen Werten und Maßstäben einräumt, denn der Mensch ist wichtiger als die Sache. Wir wollen die offene Gesellschaft, die frei ist von Zugangsbeschränkungen, die Gleichheit der Chancen gewährt, die strukturelle und materielle Hindernisse beseitigt. Wir wollen die solidarische Gesellschaft, die Institutionen schafft, welche den sozialen Zusammenhang der Gesellschaft fördern.“³⁰⁾

Und zur Mitbestimmung heißt es in der Offenburger Erklärung: „Von der Arbeitnehmerschaft als größter und tragender Schicht wird ein hohes Maß an Mitverantwortung für das Geschehen in unserer Gesellschaft erwartet. Mitverantwortung bedingt Mitbestimmung. Die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft setzen sich ein für eine Fortentwicklung der Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Organe in der Wirtschaft: Verstärkung der Rechte

²⁸⁾ Entwurf, Punkt 28.

²⁹⁾ Entwurf, Punkt 30.

^{29a)} Vgl. das Ahlener Programm der CDU in diesem Heft.

³⁰⁾ Offenburger Erklärung, Sonderdruck der Sozialen Ordnung, Köln 1967, Offene und solidarische Gesellschaft.

des einzelnen Arbeitnehmers in Fragen, die ihn persönlich betreffen — Ausbau der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates, gleichberechtigte Stellung der Arbeit in den Aufsichtsorganen der Großunternehmen.“³¹⁾

Diese Forderungen wurden glatt übergangen. Die CDU-Führung wünscht keine demokratisierte, sondern eine hierarchisch formierte autoritär geleitete Gesellschaft, in der die Mehrheit, die Arbeitnehmerschaft, nicht mitbestimmen, sondern zustimmen soll (Zustimmungsgesellschaft, ein Leitwort aus dem Springer-Verlag). Der höchste Respekt in dieser Gesellschaft soll wieder dem Soldaten zuteil werden. Minderheiten mit Alternativvorstellungen zur herrschenden Politik sollen gesetzlich zu politischer Ohnmacht verurteilt sein. Auf dieser Basis will die CDU „die Freiheit für das ganze deutsche Volk erringen“ . . .

Das Ahlener Programm der CDU vom 3. Februar 1947

Der Zonenausschuß der CDU für die britische Zone erließ in seiner Tagung vom 1. bis 3. Februar 1947 in Ahlen folgende programmatische Erklärung:

Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.

In dieser Erkenntnis hat das Parteiprogramm der CDU vom März 1946 folgende Grundsätze aufgestellt:

Ziel aller Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes

Die Wirtschaft hat der Entfaltung der schaffenden Kräfte des Menschen und der Gemeinschaft zu dienen. Ausgangspunkt aller Wirtschaft ist die Anerkennung der Persönlichkeit. Freiheit der Person auf wirtschaftlichem und Freiheit auf politischem Gebiet hängen eng zusammen. Die Gestaltung und Führung der Wirtschaft darf dem einzelnen nicht die Freiheit seiner Person nehmen. Daher ist notwendig:

Stärkung der wirtschaftlichen Stellung und Freiheit des einzelnen; Verhinderung der Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte in der Hand von Einzelpersonen, von Gesellschaften, privaten oder öffentlichen Organisationen, durch die die wirtschaftliche oder persönliche Freiheit gefährdet werden könnte. Kohle ist das entscheidende Produkt der gesamten deutschen Volkswirtschaft. Wir fordern die Vergesellschaftung der Bergwerke. Im Verfolg dieser Grundsätze ist nunmehr von der CDU folgendes Programm für die Neuordnung der Wirtschaft beschlossen worden:

I. Die deutsche industrielle Wirtschaft in der Vergangenheit

1) Die deutsche industrielle Wirtschaft war technisch und wissenschaftlich in der Zeit von 1918 bis 1945 im allgemeinen auf der Höhe. Sie konnte jeden Vergleich mit der Wirtschaft anderer Länder nach dieser Richtung aushalten. Das gilt auch vom Bergbau. Den klarsten Beweis für die technische und wissenschaftliche Höhe der deutschen Industrie liefern die Erklärungen ausländischer Staatsmänner und Zeitungen über den ungeheuren

³¹⁾ Offenburger Erklärung 3, Mitbestimmung.

Wert der von ihnen beschlagnahmten deutschen Patente und Geheimverfahren. Sie erklären, daß die deutsche Wissenschaft, Technik und Industrie in vielen Beziehungen voraus gewesen ist.

2) Das Verhältnis zwischen der deutschen industriellen Wirtschaft und dem Staate, der Gesamtheit des Volkes und dem einzelnen Arbeitnehmer zeigte in vieler Hinsicht schwere Mängel. Es darf auch hier nicht verkannt werden, daß in Deutschland, ehe es 1933 zum getarnten Staatssozialismus überging, erhebliche Teile der industriellen Wirtschaft in Gemeinbesitz waren: Bahnen fast alle restlos, einschließlich der Kleinbahnen und Straßenbahnen, Post, Telegraf, Rundfunk, Gas- und Wasserversorgung, der größte Teil der Erzeugung elektrischer Kraft, ein erheblicher Teil des Bergbaues in der britischen Zone, der Saarbergbau ganz.

Auch das Genossenschaftswesen war in Deutschland auf allen Gebieten einschl. dem des Geldwesens sehr stark entwickelt. Auf dem Gebiete des Geld- und Bankwesens war der gemeinwirtschaftliche Einfluß durch Reichsbank, Staatsbanken, Landesbanken, Giroverbände der Sparkassen sehr groß. Dasselbe gilt vom Versicherungswesen durch die staatlichen und provinziellen Versicherungen.

Aber auf den wichtigen Gebieten des Bergbaues und der Schlüsselindustrien waren schwere Schäden vorhanden. Die Zeit von 1933 ab hat zu großen Zusammenballungen industrieller Unternehmungen geführt. Diese bekamen dadurch einen monopolartigen Charakter. Sie wurden für die Öffentlichkeit undurchsichtig und unkontrollierbar. Wenn der Aktienbesitz der großen industriellen Unternehmungen, abgesehen von wenigen Ausnahmen, wie z. B. Krupp, auch stark gestreut war, so wurde doch die Zusammensetzung des Aufsichtsrates und Vorstandes infolge der Vertretung der zahlreichen Aktionäre durch wenige Banken von einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Personen bestimmt. Die zu dem engen Kreis der Vertreter der Großbanken und der großen industriellen Unternehmungen gehörigen Personen hatten infolgedessen eine zu große wirtschaftliche und damit zu große politische Macht.

Das Verhältnis des Arbeitnehmers zu seinem Betriebe war vor 1933 im Beginn einer die Interessen des Arbeitnehmers berücksichtigenden Entwicklung. Diese Entwicklung war aber 1933 noch nicht zu einem befriedigenden Abschluß gelangt. Während der Jahre 1933 bis 1945 waren auch die größeren industriellen Unternehmungen der Sache nach, wenn auch nicht dem Namen nach, Staatsbetriebe. Der nationalsozialistische Staat nahm sich das Recht, jede leitende Persönlichkeit, wenn sie ihm politisch oder wirtschaftlich widerstrebte, ohne weiteres zu entfernen; er vergab Aufträge, er verteilte dementsprechend die Rohstoffe, die Arbeitskräfte, er setzte Preise, Löhne usw. fest.

Der Arbeitnehmer war gegenüber seinem Betrieb machtlos. Es gab keine Lohnbewegungen, keine Lohnerhöhungen, keinen Wechsel des Arbeitsplatzes, kein Mitspracherecht bei der Führung der Betriebe. Es herrschte im vollen Umfang ein getarnter Staatssozialismus.

II. Neue Struktur der deutschen industriellen Wirtschaft

Die neue Struktur der deutschen Wirtschaft muß davon ausgehen, daß die Zeit der unumschränkten Herrschaft des privaten Kapitalismus vorbei ist. Es muß aber ebenso vermieden werden, daß der private Kapitalismus durch den Staatskapitalismus ersetzt wird, der noch gefährlicher für die politische und wirtschaftliche Freiheit des einzelnen sein würde. Es muß eine neue Struktur der Wirtschaft gesucht werden, die die Mängel der Vergangenheit vermeidet und die Möglichkeit zu technischem Fortschritt und zur schöpferischen Initiative des einzelnen läßt.

1) Konzerne und ähnliche wirtschaftliche Gebilde, die nicht technisch, sozial oder wirtschaftlich absolut notwendig sind, sind zu entflechten und in selbständige Einzelunternehmungen zu überführen. Die technische Entwicklung verlangt bei gewissen Unternehmungen eine bestimmte Mindestgröße, namentlich auch, um gegenüber dem Ausland konkurrenzfähig zu sein. Diese Mindestgröße muß derartigen Unternehmungen unbedingt belassen werden.

2) Unternehmungen monopolartigen Charakters, Unternehmungen, die eine bestimmte Größe überschreiten müssen, verleihen eine wirtschaftliche und damit eine politische Macht, die die Freiheit im Staate gefährden kann. Dieser Gefahr muß dadurch vorgebeugt werden, daß entsprechende Kartellgesetze erlassen werden. Darüber hinaus soll bei diesen Unternehmungen das machverteilende Prinzip eingeführt werden, damit jede mit dem Gemeinwohl unverträgliche Beherrschung wesentlicher Wirtschaftszweige durch den Staat, Privatpersonen oder Gruppen ausgeschlossen ist.

a) Zu diesem Zweck sollen öffentliche Körperschaften wie Staat, Land, Gemeinde, Gemeindeverbände, ferner Genossenschaften und die im Betrieb tätigen Arbeitnehmer an diesen Unternehmungen beteiligt werden; der dringend notwendigen Unternehmerinitiative ist der erforderliche Spielraum zu belassen.

b) Weiter soll bei solchen Unternehmungen der private Aktienbesitz, der in einer Hand dem Eigentum oder dem Stimmrecht nach vereinigt wird, in der Höhe gesetzlich begrenzt werden.

3) Bergbau. Monopolartigen Charakter haben die Kohlenbergwerke schlechthin wegen des von ihnen geförderten, für das gesamte Volk lebenswichtigen Urproduktes. Daher ist die Anwendung der in Ziffer II/2 aufgestellten Grundsätze auf sie vordringlich; sie sind somit zu vergesellschaften.

Wenn in besonderen Fällen die Form des Staatsbetriebes zweckmäßiger erscheint, so sollen die vorstehenden Grundsätze der Anwendung dieser Form nicht entgegenstehen.

4) Eisenschaffende Großindustrie. Auch bei der eisenschaffenden Großindustrie ist der Weg der Vergesellschaftung zu beschreiten.

5) Das Genossenschaftswesen ist mit aller Kraft auszubauen und die Rechtsform der Stiftungen auch im wirtschaftlichen Bereich nachdrücklich zu fördern.

6) Die schon vor 1933 begonnene gesetzliche Kontrolle des Geld- und Bankwesens sowie des Versicherungswesens muß weiter ausgebaut werden.

7) Leistungsfähige Klein- und Mittelbetriebe sind um ihres volkswirtschaftlichen Wertes und ihrer sozialen Aufstiegsmöglichkeiten willen zu fördern. In Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe ist die private Unternehmertätigkeit zu erhalten und zu entwickeln.

8) Rechtmäßig erworbenes Eigentum, mit dem politischer Mißbrauch nicht getrieben wurde, ist im übrigen bei der Durchführung dieser wirtschaftlichen Neuordnung im Rahmen der allgemeinen Gesetze zu achten.

III. Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Betriebe

In den Betrieben, in denen wegen ihrer Größe das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer nicht mehr auf einer persönlichen Grundlage beruht, ist ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer an den grundlegenden Fragen der wirtschaftlichen Planung und sozialen Gestaltung sicherzustellen. Dies muß zunächst dadurch geschehen, daß die Arbeitnehmer des Betriebes in den Aufsichtsorganen, z. B. im Aufsichtsrat des Unternehmens, die ihnen zustehende Vertretung haben. Zu diesem Zweck bedarf es einer Reform des Gesellschaftsrechtes. Insbesondere ist dem Aufsichtsrat eine stärkere Stellung gegenüber der Verwaltung zu verleihen.

Bei Großbetrieben mit mehrköpfigem Vorstand sollte Betriebsangehörigen, die in langjähriger Betriebszugehörigkeit sich um den Betrieb verdient gemacht haben, Mitwirkung in der Leitung des Unternehmens durch Berufung in den Vorstand gewährt werden. Die Berufung erfolgt auf Vorschlag der Betriebsangehörigen, die dem Aufsichtsrat mindestens drei Vorschläge zu unterbreiten haben.

Dem von der Belegschaft gewählten Vorsitzenden des Betriebsrates ist Gelegenheit zur Mitwirkung in allen Fragen zu geben, welche die sozialen Interessen der Betriebsangehörigen berühren. Darüber hinaus hat die Betriebsleitung in jedem Fall dem Betriebsrat einmal monatlich Bericht über die Lage des Unternehmens zu erstatten, und den Betriebsratsangehörigen ist ein Anspruch auf Auskunftserteilung in diesen Besprechungen zuzubilligen.

Durch geeignete Maßnahmen soll den Arbeitnehmern eine Beteiligung am Ertrage gesichert werden. Die Formen dieser Beteiligung können verschiedenartig sein und unterliegen besonderer Vereinbarung.

IV. Planung und Lenkung der Wirtschaft

wird auf lange Zeit hinaus in erheblichem Umfange notwendig sein; es ist aber ein Unterschied, ob die Planung und Lenkung im Hinblick auf die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage erfolgt oder von Fall zu Fall als notwendig betrachtet wird, oder ob die Planung und Lenkung der Wirtschaft als Selbstzweck angesehen wird. Planung und Lenkung der Wirtschaft wird auch in normalen Zeiten in gewissem Umfange notwendig sein, was sich aus unserer Auffassung ergibt, daß die Wirtschaft der Bedarfsdeckung des Volkes zu dienen hat.

Diese Planungs- und Lenkungsarbeiten sollen von Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft in Wirtschaftskammern wahrgenommen werden. Ob diese Wirtschaftskammern identisch sein werden mit den Industrie- und Handelskammern, ist eine Frage von sekundärer Bedeutung. Notwendig ist auf jeden Fall, daß die breiten Massen der Arbeitnehmer und Konsumenten an dieser Planung und Lenkung innerhalb der wirtschaftlichen Selbstverwaltung neben den Unternehmern gleichberechtigt teilnehmen. In ihren letzten Entscheidungen unterliegen auch die Selbstverwaltungskörperschaften der parlamentarischen Kontrolle.

V. Bei allen Reformen der deutschen Wirtschaft,

mag es sich um Bodenreform, Neuaufbau der industriellen Wirtschaft oder Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Betrieb handeln, ist das erste und vornehmste Ziel das Wohl des gesamten Volkes. Die deutsche Wirtschaft hat weder in erster Linie dem Wohle einer bestimmten Schicht zu dienen noch dem Auslande. Die Alliierten insbesondere haben ein Recht und ein Interesse an der Beseitigung der ausgesprochenen Kriegsindustrie und an Wiedergutmachungsleistungen nach Befriedigung der Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes. Sie haben aber kein Recht, unter Hintansetzung der notwendigen Lebensbedürfnisse des deutschen Volkes die deutsche Industrie so zu beschneiden oder so zu gestalten, wie es das Exportbedürfnis ihrer eigenen Industrien verlangt. Demontage nicht kriegsindustrieller Werke dient ebenso diesem Zweck wie die Übertragung des Eigentums an den Grundindustrien auf den deutschen Staat, da sich dann jede gewollte wirtschaftliche Maßnahme durch politischen Druck auf den politisch schwachen Staat erreichen läßt.

Es ist ferner zu berücksichtigen, daß die deutsche Wirtschaft nicht nur industriell ist; sie umfaßt als wesentliche Teile: die industrielle Wirtschaft, die bäuerliche Wirtschaft, das Handwerk, Handel, Gewerbe und Verkehr, Geld- und Bankwesen.

Alle Teile der Wirtschaft greifen ineinander und stehen in Wechselwirkung. Kein Teil darf losgelöst vom anderen betrachtet werden. Bei der Gestaltung der industriellen Wirtschaft muß deshalb der Zusammenhang mit den übrigen Wirtschaftsteilen berücksichtigt werden.